

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: GS.GS-SZ Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

- 1 Gesund bleiben, auch im Alter würdig und selbstbestimmt leben, einen Platz in der
- 2 Gesellschaft finden: All das schaffen wir nicht allein. Nur zusammen und solidarisch können
- 3 wir einander soziale Sicherheit geben, uns bei Krankheit, Armut oder Verlust des
- 4 Arbeitsplatzes gegenseitig zur Seite stehen. Unser Ziel: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen
- 5 gegen die großen Risiken des Lebens gut abgesichert sein – zu fairen und gerechten
- 6 Bedingungen.
- 7 Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel, gerade auch im internationalen Vergleich.
- 8 Aber wir müssen dafür sorgen, dass der Sozialstaat sein Versprechen auf Sicherheit auch in
- 9 Zukunft noch einlösen kann und dass es dabei gerecht zugeht. Viele Menschen machen sich zu
- 10 Recht Gedanken darüber, ob die Rente für einen guten Ruhestand reicht oder ob beim
- 11 Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen
- 12 Zusammenhalt. Deshalb ist soziale Sicherheit eine Bedingung für den inneren Frieden. Sie ist
- 13 auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht
- 14 frei aufspielen. Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in
- 15 unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das
- 16 Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär
- 17 Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig
- 18 Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er
- 19 sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.
- 20 **Wie die Rente wirklich sicher wird**
- 21 Um die Rente wieder sicher und verlässlich zu machen, wollen wir alle drei Pfeiler der
- 22 Alterssicherung stärken – zuallererst die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und
- 23 bleibt die wichtigste Säule der Altersvorsorge. Durch die Rentenreformen der vergangenen
- 24 Jahre ist das Rentenniveau gesunken. Eine Stabilisierung ist dringend notwendig. Das
- 25 heutige – gegenüber dem Jahr 1998 bereits erheblich abgesenkte – Rentenniveau sollte nicht
- 26 weiter fallen. Dabei müssen Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis
- 27 stehen, damit auch die junge Generation weiter in die gesetzliche Rente vertrauen kann. Wer
- 28 viele Jahre eingezahlt hat, soll von seiner Rente auch leben können. Für alle Menschen, die
- 29 den größten Teil ihres Lebens rentenversichert waren, gearbeitet, Kinder erzogen oder andere
- 30 Menschen gepflegt haben, schlagen wir Grünen eine steuerfinanzierte Garantierente oberhalb
- 31 des Grundsicherungsniveaus vor.
- 32 Um die gesetzliche Rente finanziell und solidarisch breiter aufzustellen, wollen wir
- 33 versicherungsfremde Leistungen aus Steuern bezahlen und die Beschäftigungsbedingungen
- 34 gerade für Frauen so verbessern, dass sie öfter erwerbstätig sind.

35 Wir wollen den ersten Schritt zur Bürgerversicherung gehen und hierfür die nicht anderweitig
36 abgesicherten Selbständigen, Minijobber*innen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete in die
37 gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Für die Selbständigen und insbesondere die
38 Existenzgründerinnen und -gründer wird es Übergangsregelungen geben. Zudem wollen wir
39 Selbständigen mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung helfen und Schulden
40 erlassen. In einem späteren Schritt wollen wir auch Freiberufler*innen und Beamt*innen in
41 die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Hierfür werden wir mit den Ländern
42 zusammenarbeiten. Bereits erworbene Anwartschaften auf Versorgung und bestehende
43 Beamtenverhältnisse bleiben dabei aus Gründen des Vertrauensschutzes unberührt.

44 Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter
45 machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine
46 echte Altersteilzeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere
47 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen,
48 die
49 länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen. Damit sie eine höhere Rente erhalten, führen
50 wir einfache Hinzuverdienstregeln ein und erleichtern es, Teilrente und Erwerbseinkommen zu
51 kombinieren. So erleichtern wir es Menschen, selbst zu bestimmen, wann sie in Rente gehen.
52 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht mehr arbeiten können, sollen nicht länger auch
53 noch dafür bestraft werden, deshalb schaffen wir die Abschläge bei der
54 Erwerbsminderungsrente ab.

54 Neben der gesetzlichen Rente wollen wir auch die private und betriebliche Altersvorsorge
55 stärken. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sollen künftig ihren Beschäftigten eine
56 Betriebsrente anbieten und mit einem eigenen Arbeitgeberbeitrag unterstützen. Kleinen
57 Betrieben erleichtern wir dies mit einer Änderung der Haftungsregeln. Um die private
58 Altersvorsorge zu fördern, wurde die Riester-Rente entwickelt. Sie ist in ihrer bisherigen
59 Form gescheitert, denn zu wenige Menschen sorgen vor und die Anlageprodukte sind nicht
60 kundenfreundlich genug. Wir brauchen daher einen Neustart bei der geförderten privaten
61 Altersvorsorge. Dazu wollen wir ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt
62 einführen. Und die Förderung für Neuverträge gezielt im Sinne von Geringverdienenden
63 umgestalten. Es soll auch Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge offenstehen. Der
64 Bürgerfonds soll nachhaltig investieren und dabei soziale und ökologische Belange
65 berücksichtigen. Die Förderung der privaten Vorsorge konzentrieren wir künftig vor allem bei
66 Geringverdienerinnen und Geringverdienern.

67 Viele Frauen sind von Armut im Alter bedroht. Sie leisten mehr Erziehungs- und Pflegearbeit,
68 arbeiten oft in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen und erwerben weniger
69 Rentenansprüche. Für Frauen muss es einfacher werden, sich durch Erwerbsarbeit selbst besser
70 abzusichern. Mit guten Angeboten für die Kinderbetreuung, einer Umwandlung der Minijobs in
71 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einem Rückkehrrecht auf Vollzeit, einer echten
72 Pflegezeit und mit gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit können wir die
73 Rentenlücke für Frauen mittelfristig schließen.

74 **Raus aus der Zwei-Klassen-Medizin – Gesundheit solidarisch für alle**

75 Leider haben wir heute in Deutschland eine Zwei-Klassen-Medizin. Gesetzlich Versicherte
76 bekommen später einen Termin bei Fachärztin oder Facharzt als privat Versicherte. Ärztinnen
77 und Ärzte lassen sich vor allem dort nieder, wo viele privat Versicherte wohnen. In der
78 Privaten Krankenversicherung (PKV) zahlen Alte und Kranke mehr als Junge und Gesunde. Oft

79 sind Versicherte durch die hohen Beiträge in der PKV schnell überfordert, doch einfach zur
80 Gesetzlichen wechseln können sie nicht. Gleichzeitig verabschieden sich viele
81 Gutverdienerinnen und Gutverdiener durch die PKV aus der Solidarität mit den sozial
82 Benachteiligten. Das übernehmen dann die gesetzlich Versicherten, also die mit geringen und
83 mittleren Einkommen. Ein solches System ist ungerecht.

84 Wir Grünen wollen die gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einer
85 Bürgerversicherung weiterentwickeln. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamt*innen,
86 Selbständige und Gutverdienende beteiligen sich. Auf Aktiengewinne und Kapitaleinkünfte
87 werden ebenfalls Beiträge erhoben. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen übernehmen
88 wieder jeweils die Hälfte des Beitrags und die bisher allein von den Arbeitnehmer*innen
89 getragenen Zusatzbeiträge werden wieder abgeschafft. Es gibt keine Unterschiede mehr bei
den
90 Arzthonoraren. Mit der Bürgerversicherung wäre Gesundheit stabil und fair finanziert und
91 alle Kassen würden um die beste Versorgung konkurrieren.

92 Die Patientinnen und Patienten gehören in den Mittelpunkt, an ihren Bedürfnissen muss sich
93 die Versorgung ausrichten. Wir sollten nicht erst handeln, wenn die Krankheit schon da ist.
94 Das Gesundheitswesen muss Gesundheit besser fördern: Von der Kindertagesstätte über die
95 Schule bis hin zum Arbeitsleben und dem Leben im Alter wollen wir den Menschen Wissen über
96 eine gesundheitsbewusste Lebensweise vermitteln. Geschlechtsspezifische Aspekte müssen bei
97 der Prävention und der Behandlung, aber auch in der Forschung stärkere Beachtung finden.

98 Wir schaffen eine Patientenstiftung und stärken wieder die unabhängige Patientenberatung. Um
99 auch dünner besiedelte Regionen besser zu versorgen, brauchen Kommunen und Regionen
mehr

100 Einfluss. Den Personalnotstand in den Krankenhäusern werden wir bekämpfen und die
101 Arbeitsbedingungen verbessern. Für alle Schwangeren muss Begleitung durch Hebammen
102 gewährleistet sein. Für Hebammen in Krankenhäusern fordern wir einen ausreichend
103 dimensionierten Personalschlüssel und angemessene Vergütung. Freiberufliche Hebammen
104 brauchen eine dauerhafte Lösung für die hohen Beiträge der Haftpflichtversicherung durch
105 einen Haftungsfonds, bevor noch mehr ihren Beruf aufgeben. Die Digitalisierung kann im
106 Gesundheitswesen vieles verbessern, etwa für chronisch Kranke. Patientinnen und Patienten
107 brauchen dabei selbstbestimmten Zugang zu ihren Daten.

108 **Gute Pflege - ein selbstbestimmter und würdiger Lebensabend**

109 Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der alten und hochbetagten Menschen. Sie
110 alle sollen gut und selbstbestimmt im Alter leben können. Darauf ist das Pflegesystem nicht
111 ausreichend vorbereitet. Zu wenige Pflegepersonen versorgen immer mehr Pflegebedürftige.

Die

112 Qualität der Pflege ist dadurch oft schlecht und auf Dauer ist das System nicht ausreichend
113 finanziert. Wir wollen Menschen, die Verwandte oder Freunde pflegen, besser unterstützen.
114 Dafür schlagen wir die dreimonatige PflegeZeit Plus und jährlich zehn Tage für akute
115 Notsituationen vor. Pflegendе erhalten eine Lohnersatzleistung und werden von der Arbeit
116 freigestellt. Wir stärken die Pflege im vertrauten Wohnumfeld, um den Pflegebedürftigen ein
117 selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Beim Aufbau von Hilfenetzen wollen wir die
Kommunen

118 unterstützen und ihnen mehr Rechte geben, selbst aktiv zu werden. Denn die Angebote vor Ort
119 bestimmen, ob auch Menschen mit kleiner Rente die Hilfe bekommen, die sie brauchen.

120 Pflegerinnen und Pfleger müssen besser bezahlt werden. Durch ausreichendes Personal wollen
121 wir Überlastung vermeiden. Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden. Wir schlagen dazu eine
122 gestufte Ausbildung vor, die spezialisiertes Fachwissen erhält und die Durchlässigkeit
123 zwischen den Pflegeberufen erhöht. Und wir brauchen ein neues, unabhängiges Institut für
124 Qualität in der Pflege. Schließlich wollen wir auch die Pflegeversicherung zu einer
125 Bürgerversicherung machen und so langfristig ausreichend finanzieren.

126 **Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit**

127 Die Grundsicherung muss das soziokulturelle Existenzminimum für alle gewährleisten. Das
128 verlangt die Würde des Menschen. Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II muss so berechnet
129 werden, dass man menschenwürdig davon leben kann. Die Kinderregelsätze müssen
sachgerecht

130 ermittelt werden, damit alle Kinder wirklich teilhaben können. Für die Stromkosten wollen
131 wir eine gesonderte Pauschale einführen. Die Grundsicherung werden wir zu einer
132 individuellen Leistung weiterentwickeln, denn das Prinzip der Bedarfsgemeinschaften
133 benachteiligt Frauen und zementiert ihre Abhängigkeit.

134 Wir wollen eine Arbeitsagentur als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden und die
135 Sozialgerichte von den vielen Klagen entlasten. Sanktionen gefährden die kooperative
136 Zusammenarbeit zwischen Arbeitslosen und Fallmanagern in den Arbeitsagenturen, wie auch
ein

137 menschenwürdiges Existenzminimum. Unser Ziel ist ein Ende der Sanktionen. Besonders
138 profitieren würden unter 25-Jährige, die bisher deutlich schärferen Sanktionsmöglichkeiten
139 ausgesetzt sind.

140 Wir wollen aber nicht nur die nackte Existenz sichern, sondern Arbeitslose auch passgenau
141 dabei unterstützen, einen neuen Job zu finden, etwa durch Weiterbildung, Sprachförderung,
142 Eingliederungs- oder Gründungszuschüsse. Arbeit ist noch immer das wichtigste Feld der
143 sozialen Teilhabe, der Anerkennung und der Sinnggebung im Alltag. Deshalb wollen wir die
144 Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die Arbeitnehmer bereits
145 im Job, aber auch bei Arbeitslosigkeit bei der Weiterbildung unterstützt (à Kapitel: Wir
146 kämpfen für gute Arbeit und bessere Vereinbarkeit). Wir geben auch Langzeitarbeitslose nicht
147 auf und fordern einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt.

148 **Sicherheit in der Selbständigkeit**

149 Um die soziale und ökologische Modernisierung zu meistern, brauchen wir auch die innovative
150 Kraft von Gründerinnen und Gründern. Wir wollen alle, die den mutigen Schritt in die
151 Selbstständigkeit wagen, dabei unterstützen, sich besser und einfacher abzusichern.

152 Gesetzlich versicherte Selbstständige wollen wir bei den Kranken- und
153 Pflegeversicherungsbeiträgen mit geringeren Mindestbeiträgen entlasten. Wir wollen eine
154 freiwillige Arbeitsversicherung für Selbstständige, die erschwinglich, für alle
155 Selbstständigen geöffnet und gerechter ausgestaltet ist. Wahltarife sollen dabei mehr
156 Flexibilität für Selbstständige ermöglichen. Wir wollen alle nicht anderweitig abgesicherten
157 Selbstständigen in die gesetzliche Rente einbeziehen und ihnen eine größere
158 Beitragsflexibilität als heute ermöglichen. Selbstständige sollen in guten Zeiten höhere
159 Beiträge vor- oder nachzahlen können, damit sie in schlechten Zeiten entlastet werden. Wir
160 stehen ohne Wenn und Aber zur Künstlersozialkasse. Analog zu Mindestlöhnen, die nur

abhängig

161 Beschäftigten zustehen, wollen wir auch branchenspezifische Mindesthonorare ermöglichen.

162 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

163

164 **Gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau stabil halten**

165 Die gesetzliche Rente ist nach wie vor die zentrale Säule der Altersvorsorge für die meisten
166 Menschen. Und sie ist viel besser als ihr Ruf. Das Niveau der gesetzlichen Rente sollte
167 nicht weiter sinken. Wir können das schaffen und werden dabei darauf achten, dass
168 Rentenniveau und Beitragssatz in einem angemessenen Verhältnis stehen, so dass auch die
169 junge Generation bedacht wird. Um die gesetzliche Rente finanziell besser aufzustellen und
170 solidarischer zu finanzieren, wollen wir versicherungsfremde Leistungen aus Steuergeldern
171 bezahlen und insbesondere Frauen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Damit
172 verbessert sich auch ihre persönliche Absicherung deutlich. Mittelfristig streben wir eine
173 Rentenversicherung für alle an, in die auch Beamtinnen und Beamte, Freiberuflerinnen und
174 Abgeordnete einbezogen sind. In einem ersten Schritt zu einer solchen Bürgerversicherung
175 wollen wir Selbständige aufnehmen und damit ihre Absicherung verbessern.

176

177 **Die Bürgerversicherung im Gesundheitssystem - Erstklassig für alle!**

178 Wir wollen eine gerecht finanzierte Bürgerversicherung im Gesundheitssystem. Alle zahlen
179 dort ein, auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmerinnen und Abgeordnete werden
180 einbezogen. Alle werden beim Arzt oder der Ärztin auf dem gleichen hohen Niveau behandelt.
181 Das Zwei-Klassen-System, in dem Privatpatientinnen und -patienten bevorzugt werden, hat ein
182 Ende. Neben Löhnen und Gehältern werden auch auf Kapitaleinkünfte Beiträge erhoben. Bei den

183 Löhnen zahlen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen wieder jeweils die Hälfte des
184 Beitrages und die pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. So wird Gesundheit fair
185 finanziert und die Bürgerinnen und Bürger können dennoch wählen: Alle Krankenversicherungen

186 bieten künftig die Bürgerversicherung an und konkurrieren über die Höhe des Beitrages, über
187 den Service, das zusätzliche Leistungsangebot und die Qualität.

188

189 **Zeit für mehr - Vereinbarkeit von Pflege und Beruf fördern**

190 Wenn nahestehende Menschen pflegebedürftig werden, müssen viele Dinge geregelt werden.
Dafür

191 benötigt man Zeit. Viele Menschen wollen zudem ihren Angehörigen nahe sein und eine Zeit
192 lang selbst die Pflege übernehmen. Das wollen wir ihnen erleichtern: Mit der PflegeZeit Plus
193 gibt es erstmals einen Lohnersatz für die Zeit der Pflege. Für drei Monate ersetzen wir
194 Menschen, die Angehörige selbst pflegen, ihren Lohn, genauso, wie für Eltern in der
195 Elternzeit. Zudem sollen sich Pflegenden zehn Tage im Jahr frei nehmen können, um sich
196 besonders intensiv um eine zu pflegende Person zu kümmern. Ganz so, wie sich Eltern frei
197 nehmen können, wenn ihr Kind krank ist. Wir finden, wer für einen pflegebedürftigen Menschen
198 Verantwortung übernimmt, hat unsere Unterstützung und Wertschätzung verdient. Die

PflegeZeit

199 Plus ist unsere Antwort darauf.

200
